

Energie und Umwelt

Industrie-Initiative drängt auf Technologieoffenheit

Die Verankerung der Primärenergie-Reduktion als einheitliche Ziel- und Steuerungsgröße sowie die Sicherstellung von Technologieoffenheit und damit einer Vielfalt von Lösungsansätzen: Mit diesen beiden Empfehlungen plädiert die „Industrie-Initiative für effizienten Klimaschutz in Deutschland“ für eine Optimierung des „Integrierten Energie- und Klimaprogramms“ (IEKP) der Bundesregierung.

In der Initiative haben sich namhafte Unternehmen der Energiewirtschaft und der Heizgeräteindustrie zusammengeschlossen, um im Dialog mit der Bundesregierung den klimapolitischen Gesetzgebungsprozess in Bezug auf den Gebäudesektor und Wärmemarkt fachlich zu unterstützen. Als Repräsentant der deutschen Mineralölwirtschaft ist das Institut für wirtschaftliche Ölheizung (IWO) in der Initiative vertreten.

Die Initiative wird von renommierten Hochschul- und Forschungsinstituten wissenschaftlich beraten: vom Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik der Technischen Universität München unter Prof. Ulrich Wagner, vom Fraunhofer-Institut für Bauphysik in Stuttgart unter Professor Gerd Hauser und von Prof. Wolfgang Pfaffenberger von der Jacobs Universität Bremen. Die beteiligten Institutionen erarbeiteten im Rahmen wissenschaftlicher Studien konstruktive Vorschläge für eine optimierte Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Erreichung der klimapolitischen Ziele für den Wärmemarkt.

Die politischen Vorgaben Treibhausgasemissionen und Primärenergiebedarf im Gebäudesektor zu reduzieren, so wird in einem Positionspapier ausdrücklich betont, werden von allen beteiligten Unternehmen mit Nachdruck unterstützt. Bei der Ausgestaltung der Klimaschutzpolitik sehen die Mitglieder der Industrie-Initiative allerdings Handlungsbedarf zur Verbesserung der gesetzgeberischen Vorgaben. „Nicht zuletzt, um die bei Gebäudeeigentümern vorherrschende Verunsicherung und die daraus resultierende Investitionszurückhaltung nachhaltig aufzulösen“, erklärt Dr. Heinrich-Hermann Schulte als Sprecher der Initiative.

Vorherrschende Verunsicherung bei Gebäudeeigentümern und die daraus resultierende Investitionszurückhaltung nachhaltig auflösen.

Die entscheidende Größe für den Wärmemarkt ist der Primärenergiebedarf

Die Initiative stützt sich dabei insbesondere auf die umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten. Ein wesentliches Resultat der Studien: Aus den bereits realisierten und den geplanten Gesetzesvorhaben ergeben sich unterschiedliche Zielgrößen, die teilweise sogar miteinander konkurrieren. Daraus leiten sich zum einen eine Überregulierung und zum anderen eine weit verbreitete Verunsicherung ab, die maßgeblich dazu beiträgt, dass Investitionen zur Energieeinsparung gänzlich unterbleiben. Vor diesem Hintergrund kommen die Autoren der Studien zu dem Schluss, allen gesetzlichen Regelungen in Zukunft lediglich eine einzige Zielgröße zugrunde zu legen. „Die beste Größe für den Wärmemarkt ist der Primärenergiebedarf“, so Dr. Schulte.

Allen gesetzlichen Regelungen in Zukunft lediglich eine einzige Zielgröße zugrunde zu legen.

Wird auch vom Verbraucher akzeptiert und verstanden

Dieser Faktor integriert sämtliche Ziele der Gesetzesinitiativen, nämlich die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die Verringerung des Energiebedarfs und die Ausweitung des Anteils erneuerbarer Energieträger. Zudem ist die Reduktion des Primärenergiebedarfs als Leitgröße bereits in der Energieeinsparverordnung (EnEV) und in den KfW-Fördermaßnahmen etabliert. Darüber hinaus korrespondiert die Primärenergieeinsparung mit übergreifenden CO₂-Minderungszielen in anderen Bereichen wie dem Verkehrssektor oder dem öffentlichen und privaten Konsum. Zugleich harmonisiert diese Zielgröße mit den außenwirtschaftlichen Zielen, die Importabhängigkeit zu verringern und die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken. Last, not least: Diese Bezugsgröße wird auch vom Verbraucher akzeptiert und verstanden, weil mit einer Reduzierung des Primärenergiebedarfs automatisch eine Verringerung der Energiekosten verbunden ist.

Ergänzend zur Einführung der einheitlichen Steuerungsgröße drängt die Initiative auf uneingeschränkte Technologieoffenheit in den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Nur so kann die Vielfalt von Lösungsansätzen zum Erreichen klimapolitischer Ziele genutzt werden. Und, so betont Dr. Schulte: „Nur durch Technologieoffenheit wird ein auch ökonomisch vertretbarer Klima- und Ressourcenschutz realisierbar, gleichzeitig wird das Kreativitätspotenzial zur Nutzung neuer technischer Lösungen gefördert.“ Denn ein Innovationswettbewerb um die technisch besten Lösungen sichert die notwendige Kosteneffizienz. Eine technologieoffene Klimaschutzpolitik gibt den im Wettbewerb stehenden deutschen Unternehmen den dafür notwendigen Freiraum und zwingt sie zugleich zum innovativen und marktorientierten Handeln. Womit auch die Chance zum weiteren Ausbau ihrer Technologieführerschaft auf dem Weltmarkt gewahrt bleibt.

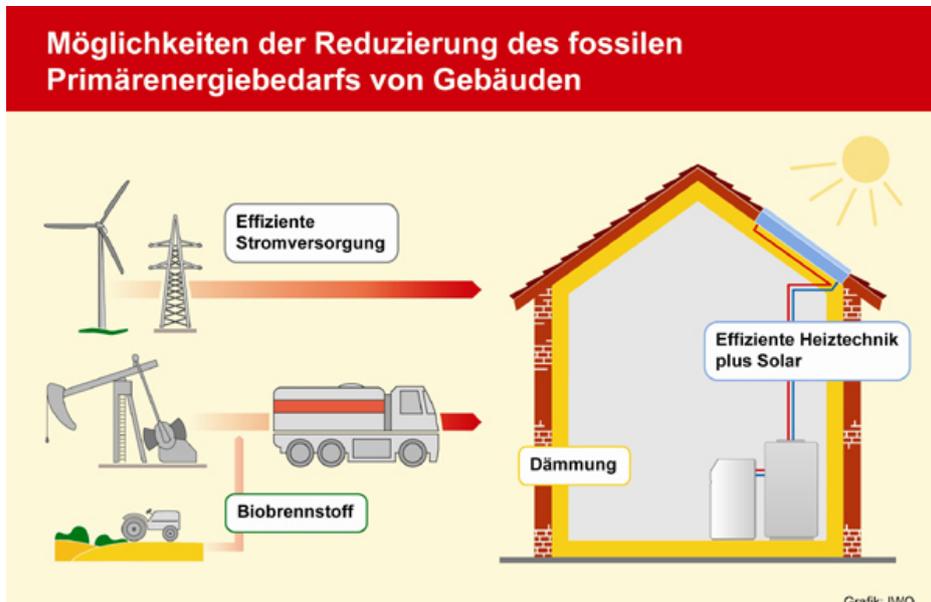
Nur durch Technologieoffenheit wird ein auch ökonomisch vertretbarer Klima- und Ressourcenschutz realisierbar.

Im EEWärmeG ist Technologieoffenheit sogar ausdrücklich nicht gewollt

Beide Forderungen, Technologieoffenheit und Beschränkung auf eine einheitliche Ziel- bzw. Leitgröße, werden mit der gegenwärtigen gesetzlichen Situation im Wärmemarkt jedoch nicht erfüllt, kritisiert die Industrie-Initiative. Technologieoffenheit zum Beispiel wird weder in der EnEV noch im Erneuerbare Energien Wärme-Gesetz (EEWärmeG) gewährleistet. Im EEWärmeG ist Technologieoffenheit sogar ausdrücklich nicht gewollt. Bei der EnEV mangelt es an der Technologieoffenheit zwischen Wärmedämmung und Heizungstechnik.

Daraus resultiert eine weitere Empfehlung der Experten aus Wissenschaft und Industrie: EnEV und EEWärmeG sollten zu einem Regelwerk zusammengeführt werden. Die Zusammenfassung der beiden Gesetzeswerke mit der einheitlichen Steuerungsgröße Primärenergiebedarfs-Reduktion ermöglicht es in der Praxis, aus verschiedenen Maßnahmen aus den Bereichen Effizienztechnologie und Einsatz erneuerbarer Energien die jeweils wirtschaftlichste und effizienteste auszuwählen. Die erforderlichen Grundlagen dazu liefern bereits bestehende Normen und Regelwerke.

Erforderlichen Grundlagen liefern bereits bestehende Normen und Regelwerke.



Grafik: IWO

Die Höhe der Fördermittel wird ausschließlich an der Höhe der Primärenergieeinsparung bemessen

Konsequenterweise sollte auch eine nachhaltige Förderpolitik an der Zielgröße Primärenergieeinsparung ausgerichtet werden. Der Anspruch auf Förderung sollte sich also aus der Primärenergieeinsparung ergeben und nicht, wie derzeit etwa im Marktanreizprogramm (MAP), von einer bestimmten Technologie abhängig sein. Oder, wie im CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW, von der Höhe der Investition zum Erreichen bestimmter energetischer Grenzwerte. Effiziente und vereinfachte Förderpolitik heißt nach dem Verständnis der Industrie-Initiative: „Die Höhe der Fördermittel wird ausschließlich an der Höhe der Primärenergieeinsparung bemessen, die mit einer einzelnen Sanierungsmaßnahme oder einem Maßnahmenpaket erreicht wird.“

Gegenüber den derzeitigen Programmen ergibt sich damit der entscheidende Vorteil, dass auch eine schrittweise Sanierung gefördert wird – für viele Gebäudeeigentümer aufgrund der Höhe der erforderlichen Investitionssumme die einzig realisierbare Möglichkeit. Angesichts des großen Anteils älterer Gebäude mit hohem Energiebedarf sind die politisch angestrebten Klimaschutzziele aber nur über die Steigerung der energetischen Sanierungsquote bei Gebäudehülle und Technik erreichbar. Die Aufstellung von langfristigen Primärenergiebedarfszielen auch für den Gebäudebestand, flankiert von einer breiten Einführung des bedarfsorientierten Energieausweises, würde den Hauseigentümern Planungssicherheit geben.

Diskussionsbedarf liefern die Studien überdies zu Nachhaltigkeitskriterien bei der Entwicklung von Energieversorgungssystemen. So etwa sollte neben dem aktuellen Ressourcenverbrauch auch der Energieaufwand für die Erstellung der jeweiligen Technologie in die Bewertung einfließen. Heutige Photovoltaikanlagen beispielsweise benötigen für ihre Herstellung einen Energieaufwand, der dem fünf- bis zehnjährigen Energieertrag eines solchen Systems entspricht. Derart ungünstige Gesamtenergiebilanzen, so geben die Wissenschaftler zu bedenken, dürften bei der Erstellung von Energiekonzepten nicht unberücksichtigt bleiben, um einseitigen Entwicklungstendenzen entgegenzuwirken.

Der Text wurde der Fachzeitschrift Ölheizung aktuell 3/2008 des Instituts für wirtschaftliche Ölheizung e.V. (IWO) entnommen.

Zur Industrie-Initiative für effizienten Klimaschutz in Deutschland haben sich zusammengeschlossen:

*Bosch Thermotechnik
E.ON Ruhrgas
EWE
GASAG Berliner Gaswerke
Institut für wirtschaftliche Ölheizung
N-ERGIE
RheinEnergie
RWE Energy
Siemens Building Technologies
Vaillant Deutschland
Verbundnetz Gas
Viessmann Werke*